

Vertrauen und Politik Anspruch und Wirklichkeit

Prof. Karl Mannsfeld
Kultusminister a.D.
Seite 5

„Klimawandel – Klimaschwindel“

Wo stehen wir heute?
Prof. Jörg Matschullat
Seite 8

Bericht aus dem Landesfach- ausschuss Sport

Wilfried Oettel, S. 15
Kleben und kleben lassen?
Geert Mackenroth MdL, S. 16

„Vertrauen und Politik – Anspruch und Wirklichkeit“

Eine Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Auf Anregung der Senioren-Union Sachsen lud die Konrad-Adenauer-Stiftung in das Stadtmuseum Dresden ein. Bei einer gut besuchten Veranstaltung konnten die Teilnehmer nach Impulsreferaten von **Dr. Jan Martin Timmer** (Historiker Universität Bonn) und **Prof. Karl Mannsfeld** (Geograf, TU Dresden ehemaliger Kultusminister und MdL CDU) zum Thema „Werte – Vertrauen – Kompromiss“ miteinander diskutieren.

Dr. Timmer als Historiker zeichnete am Thema Antigone die Fragestellung Politik, Vertrauen und Werte. **Nachzulesen ab Seite 2.** Für viele war es eine Erkenntnis, dass diese Frage schon bei den „alten“ Griechen nicht ganz leicht zu beantworten war und zu unterschiedlichen Entscheidungen führte, und zwar mit all ihren Konsequenzen. Empfehlenswert die Antigone wieder einmal zu lesen.

Karl Mannsfeld näherte sich dem Thema als engagierter umweltpolitischer Sprecher und Gestalter für viele Gesetze in seiner Zeit als Mitglied des sächsischen Landtages. An diesen, seinen Erfahrungen zeigt er auf, wie wichtig eigene Werte in der Politik sind, um Vertrauen zu erreichen und zu guten Kompromissen mit anderen zu kommen. Eben weil wir mit der Erfahrung aller letztlich zu Entscheidungen kommen, die wir erklären und nachvollziehbar darstellen können und damit das Vertrauen der Bürger erreichen, dies fehlt heute z.T. Die Glaubwürdigkeit des einzelnen Politikers ist heute mehr denn je da-

von abhängig, glaubhaft, werteorientiert und standhaft zu seinen Entscheidungen zu stehen.

Im Anschluss an diese Diskussion kann es zu einem Vortrag des Ministerpräsidenten Sachsens und Parteivorsitzenden der Sächsischen Union, **Michael Kretschmer**. In einer angeregten Debatte zu verschiedensten Themen „Ukrainekrieg, Energie, Inflation“ u.a.m. zeigte Michael Kretschmer die Bedeutung von Werten, Vertrauen und Kompromiss in der Politik auf. Er berichtete auch von Schwierigkeiten, die heute in der sehr schnelllebigen Zeit mit ihren oft schlecht recherchierten Nachrichten dazu führen, dass das Vertrauen in die handelnden Personen verloren geht. Daher ist es umso wichtiger, dass man seinen Kompass an Werten hat, an dem man sich ausrichten kann.

Als letzter in der Runde kam es zu dem Vortrag von **Prof. Jörg Matschullat** (Geoökologe, TU Freiberg), der das Thema „**Streitfall Klimawandel: Warum es für die größten Herausforderungen keine einfachen Lösungen gibt**“.

Ein fundierter Vortrag, der deutlich machte, dass das Klima dieses Planeten immer schon „wellenförmig“ verlief, aber in den letzten 100 Jahren eben der Mensch diese Bewegung durch fossile Brennstoffe wesentlich beschleunigt hat. Er verwies auf viele Untersuchungen und Auswertungen der Wissenschaft und



kommt letztlich zu dem Fazit: Wir verbrauchen zu viel, unser Konsum führt dazu, dass immer mehr und immer schneller Gegenstände verbraucht werden, ohne nachhaltig eingesetzt zu werden. An seine Ausführungen schloss sich eine intensive Debatte an. Dabei war es zu erkennen, dass der Mensch sich sehr schwertut, auf liebgegewordene Dinge zu verzichten.

Die Senioren-Union Sachsen will auch im nächsten Jahr wieder eine Veranstaltung in dieser Form anstoßen, die sich insbesondere damit auseinandersetzen soll, ob man um Politiker im Land- und Bundestag zu werden Lebenserfahrung voraussetzt. Wir danken den Referenten und der Konrad-Adenauer-Stiftung für das Engagement.

Ein Beitrag von **Klaus Leroff**, Vorsitzender der Senioren-Union Sachsen.

Dieses Heft ist ganz den Inhalten dieser Veranstaltung gewidmet.

Alle vollständigen Beiträge sind auf unserer Homepage zu finden: <https://senioren.cdu-sachsen.de/>

Vertrauen als Wert in der Demokratie und die Antigone des Sophokles

Dr. Jan Martin Timmer, Historiker Universität Bonn

Über das Verhältnis von Vertrauen und Politik, über den Kompromiss und das, was nicht verhandelbar ist, als Anspruch und in Wirklichkeit nachzudenken, ist keine moderne Erfindung.

Als im März des Jahres 442 v.Chr., in einer Zeit großer innen- und außenpolitischer Herausforderungen (die Nachwehen eines neuen Bürgerrechtsgesetzes, zunehmende Spannungen mit Sparta, ein unmittelbar bevorstehender militärischer Konflikt auf Samos) in Athen das Fest der großen Dionysien gefeiert (Anm. Red. *Festspiele zu Ehren Gott Dionysos*) wurde, da gehörte dazu auch die Aufführung von Tragödien. Nach attischer Manier als Wettbewerb, und es gewann ein Dichter namens Sophokles (Anm. Red. *griech. Dichter*) mit einer Trilogie, von der heute nur noch ein Teil, die *Antigone*. *Mystische Gestalt, Tochter des Ödipus, König von Theben*) erhalten ist.

Das Stück handelt auf den ersten Blick von einem Konflikt zwischen der Namensgeberin und dem Herrscher der Stadt, dem Tyrannen Kreon, der sich an der Bestattung von Antigones Bruder, Polyneikes, entzündet. Polyneikes ist ein Landesverräter, und daher hat Kreon die Bestattung zum Wohle der Polis untersagt, für Antigone aber ist er der Bruder, den sie nicht unbestattet lassen möchte. Der Konflikt eskaliert, Antigone verstößt gegen das Gesetz und wird dabei erlappt.

Das Ende ist blutig: Antigone erhängt sich, nachdem man sie eingemauert hat, ihr Verlobter, Kreons Sohn Haimon, stürzt sich ins Schwert, und auch Kreons Ehefrau Eurydike begeht Selbstmord. Kreon selbst bleibt verzweifelt allein zurück.

Der Stoff an sich war nicht neu, das war bei den attischen Tragö-

dien in der Regel so, neu aber war, wie anhand des Stoffes aktuelle Fragen der Demokratie aufgegriffen, diskutiert, nicht aber beantwortet wurden. Das war nicht Aufgabe der Kunst, sondern der Bürger.

Die Tragödie war in Athen das Medium, in dem man sich in der noch jungen und ungefestigten Demokratie über die zentralen politischen Probleme verständigen konnte. Das war anhand von mythischen Figuren und Handlungen, die in einer grauen Vorzeit spielten, häufig einfacher als die direkte Debatte. Die Tragödie verwies auf die Schwächen der Demokratie und auf die Probleme, die mit der radikalen Ausweitung von Partizipationschancen seit dem Beginn des Jahrhunderts verbunden waren, und das gilt auch für die *Antigone*.

Es sind drei Fragen, die im Mittelpunkt des Dramas stehen, und sie ähneln – wie ich zu zeigen hoffe – denjenigen, die das Zentrum der heutigen Tagung bilden.

Es ging zum einen um das Zeitproblem demokratischen Entscheidens. **Wie viel Zeit muss man sich und wie viel Zeit sollte man sich lassen**, um kollektiv verbindliche Entscheidungen, die den Kern alles Politischen darstellen, zu produzieren?

Zum anderen ging es um **das Verhältnis von Gemeinwohl und partikularen Interessen** (Anm. Red.: Einzelinteressen) (und indirekt um die aus der Differenz erwachsene Frage nach der (Un)Möglichkeit und der Bedeutung von Kompromissen).

Und schließlich ging es um **die Bedeutung des Vertrauens als Grundlage politischen Entscheidens**. Ich möchte diesen drei Aspekten kurz nachgehen und damit eine historische Tiefendimension zu dem Komplex bieten, der heute verhandelt werden soll.

Zunächst zu „Die Demokratie und das Zeitproblem“: Das kann man kurz abhandeln: **Politische Entscheidungen brauchen Zeit – das ist banal**. Im Stück aber nehmen sich die Akteure nicht die

Zeit, die es eigentlich bräuchte. Sie entscheiden zu schnell. Sie entscheiden zu emotional. Sie beschleunigen auf dem Weg in die Katastrophe.

Das können sie, weil sie auf alles verzichten, was im Prozess politischen Entscheidens normalerweise Zeit kostet.

Es gibt im Rahmen des Stückes Dialoge – ohne funktioniert ein Drama ja auch schlecht –, aber kein einziger davon spielt eine Rolle im Entscheidungsprozess.

Die Auswahl aus den zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen treffen die beiden Antagonisten allein, und kein Modus der Herstellung von Entscheidungen besitzt niedrigere Transaktionskosten. An keiner Stelle wird verhandelt, werden Argumente abgewogen, wird das Tempo gedrosselt. Das ist bereits im ersten Dialog des Stückes, dem Gespräch von Antigone und ihrer Schwester Ismene so, und das gilt auch für die Dialoge Kreons, mit seinem Sohn oder dem blinden Seher Teiresias, von dem er sich normalerweise beraten lässt, auf den er aber in der *Antigone* erst dann hört, als es bereits zu spät ist.

Die Zeitfrage gehört zu den zentralen Aspekten der Demokratiekritik im klassischen Griechenland, aber bezeichnenderweise anders als in der Moderne.

Auch heutzutage wird die Frage nach der Zeit regelmäßig gestellt, aber den modernen Demokratien dann häufig vorgeworfen, im Vergleich zu autokratischen Systemen allzu zögerlich und langsam zu agieren.

In Griechenland war die Befürchtung, dass man zu schnell agiere, und gerade die Attische Demokratie bot genug Anschauungsmaterial, um diese Sorge zu bestätigen.

Das hing in Athen im 5. Jahrhundert v.Chr. wohl mit demselben Punkt zusammen wie auch in der *Antigone*. Es wurde per Mehrheitsregel entschieden, aber es wurde nicht verhandelt. Kompromisse spielten am Anfang der Demokratie eine untergeordnete Rolle.

Es herrschte die Vorstellung, die Eintracht der Bürger, die *homonoia*, sei die natürliche Voraussetzung allen politischen Entscheidens.

Eine politische Entscheidung, die von der Mehrheit getroffen werde, nutze letztlich allen, und da brauchte es keine Verhandlungen, die mit Kompromissen endeten.

In der *Antigone* gibt es dafür auch Gründe, und damit komme ich zum zweiten Punkt, dem Verhältnis von Gemeinwohl und Partikularinteresse. Es gibt im eigentlichen Sinne zwischen Kreon und Antigone auch deshalb nichts zu verhandeln, weil beide von der Richtigkeit ihrer Position absolut überzeugt sind. Anders als dies die moderne Aufführungspraxis suggeriert, in der Kreon ja zumeist als in schwarzer Uniform über die Bühne marschierender tumber Tyrann gezeichnet wird, der eine unschuldige Resistance-kämpferin – ein junges Mädchen, gerne ganz in weiß – schikaniert, ist die Motivlage in der Tragödie komplexer. **Kreon vertritt das Gemeinwohl.** Polyneikes war ein Verräter, der Theben an den Rand des Untergangs gebracht hatte. **Das Verbot seiner Bestattung – als Strafe und zur Abschreckung – ist durchaus folgerichtig.** So dachte man jedenfalls in Athen, denn auch dort galt ein Bestattungsverbot für Verräter und Verwandtenmörder (und auch letzteres war Polyneikes, der ganz nebenbei noch seinen Bruder Eteokles getötet hatte). Die Beweggründe Kreons sind für die Zuschauer ebenso plausibel wie die Maßnahmen, die er ergreift. Kreon selbst fasst die Prinzipien seiner Politik in einer Thronrede zusammen:

„Mich dünkt nun: wer ein Lenker ist des ganzen Staates und sich nicht immer an den besten Rat-schluss hält, sondern aus Furcht die Zunge eingeschlossen lässt, der ist verwerflich; so hab ich von je gedacht. Und wer gar höher als das eigne Vaterland die Angehörigen stellt, - nichtswürdig nenn ich den! Denn ich, das wisse Zeus, der immer alles sieht, ich will nicht schweigen, wenn ich sehe, wie anstatt der Wohlfahrt das Verhäng-

nis zu den Bürgern kommt, noch werd' ich einen Feind des Heimatlandes je zum Freunde mir erwählen, wohl erkennend, dass die Heimat uns beschützt und nährt: auf diesem Schiff fahren wir sicher und erwerben Freunde uns. Also gessinnt denk' ich zu mehrn diesen Staat.“

An diesem „Regierungsprogramm“ scheint nun wenig auszusetzen, und es ist bezeichnend, wie es in Athen rezipiert wurde. Noch 100 Jahre später in der Rede zur *Truggesandtschaft* zitiert der attische Politiker Demosthenes Verse aus der Thronrede wörtlich, und zwar offenkundig, weil sie für ihn als Politiker ein Ideal darstellten.

Das Problem, an dem Kreon scheitert, ist nicht das, was er will, sondern dass er aus dem, was er als Gemeinwohl erkannt hat, auf die völlige Unvereinbarkeit mit partikularen Interessen wie denjenigen der Antigone und zugleich auf einen fraglosen Folgezwang schließt. Wenn das Nicht-Bestatten des Verräters das Beste für das Gemeinwesen ist, dann kann man nicht mit denen verhandeln, die das anders sehen. **Es kann hier keinen Kompromiss geben.** Gleiches gilt im übrigen auch für Antigone. In der festen Überzeugung, das Richtige zu wollen, ist jeder Weg zu einem Ausgleich verbaut.

Beide Protagonisten stehen für eine Politik des Unbedingten, die nach Ansicht des Dramatikers nur in der Katastrophe enden kann.

Bleibt schließlich noch die Frage nach der **Rolle von Vertrauen** oder eben Misstrauen in der Politik.

Auch hier ähneln sich die beiden Antagonisten sehr. Es ist das generalisierte Misstrauen, das die beiden eint. Bereits zu Beginn, im bereits angesprochenen ersten Dialog zwischen Antigone und ihrer Schwester, misstraut Antigone dieser, als sich Ismene anbietet, ihr bei der Bestattung des Bruders zu helfen. Sie wolle doch nur Anteil am Ruhm, so argwöhnt Antigone, und da handelt sie lieber alleine. Und sie scheitert damit. Noch deutlicher tritt das generalisierte Misstrauen bei Kreon zutage: Er misstraut einfach allen: zuerst den Wächtern, die den Leichnam bewachen soll-



Aufmerksame Zuhörer und Zuhörerinnen

ten und die er für bestochen hält, dann Ismene, die er verdächtigt, ihrer Schwester zur Seite gestanden zu haben. Er misstraut seinem Sohn Haimon, er misstraut den Bürgern seiner Stadt, und am Ende misstraut er selbst dem Seher Teiresias und damit letztlich den Göttern selbst. Das kann nicht gutgehen.

Das Scheitern der beiden Protagonisten ist ganz offensichtlich aufs Engste mit ihrem Misstrauen verbunden. Dabei ist das mit dem Vertrauen auch gar nicht so einfach. **„Nüchtern sei und Misstrauen übe, das sind des Geistes Gelenke“** dichtete Epicharmos nur wenige Jahrzehnte vor der Antigone, und mit dieser Wertschätzung des Misstrauens stand er in seiner Generation nicht allein.

Die wenig komplexen und in Hinblick auf die Form der Herstellung von Entscheidungen stark auf Konsens hin ausgerichteten Gesellschaften der archaischen Zeit waren für ihr Funktionieren viel weniger auf Vertrauen angewiesen als die stärker differenzierten Gesellschaften des 5. und 4. Jahrhunderts v. Chr., ganz im Gegenteil war Vertrauen für diese einfachen, im Wesentlichen auf Subsistenzwirtschaft (Anmerk. der Redaktion: landwirtschaftliche Selbstversorgung) beruhenden Gemeinschaften mit ihrer häufig prekären Versorgungslage gegebenenfalls sogar dysfunktional. Vertrauen ist stets eine riskante Vorleistung, und in Gemeinschaften, in denen die Lebensgrundlagen unsicher sind, ist es gegebenenfalls nicht unbedingt klug, unnötige Risiken einzugehen. Zu misstrauen ist in diesen Fällen häufig angebrachter.

Für die Demokratie kam und kommt eine solche Grundhaltung nicht in Frage. Es ist – das verliert man manchmal aus dem Auge – ohnehin nicht ganz leicht zu erklären, warum eine

Vertrauen als Wert in der Demokratie

Minderheit dem folgen soll, was eine Mehrheit beschlossen hat. Es ist ohne weitere Zusatzannahmen wenig plausibel zu behaupten, die authentische Zustimmung selbst sei bereits hinreichende Bedingung für die Verpflichtung zum Gehorsam. Auch die Vorstellung, dass dort, wo Akteure rational ihr Eigeninteresse verfolgen, die am Ende hergestellten Entscheidungen die Gesamtwohlfahrt erhöhen oder dem Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit genügen, überzeugt nicht.

Noch schwieriger wird es aber, wenn es kein Vertrauen unter den Bürgern gibt. Warum sollte *ego* (Anm.Red. ICH) denn tun, was eine Mehrheit beschlossen hat, wenn sie/er argwöhnt, dass diese doch nur ihre eigenen Interessen durchsetzt und das zu seinem eigenen Schaden?

In der Tragödie führt das Zusammenspiel aus überhasteten Entscheidungen, der Überhöhung des Gemeinwohls und aus dieser resultierender Kompromissunfähigkeit sowie fehlendem Vertrauen zur Katastrophe – das gehört sich so für griechische Tragödien –, aber die Probleme beschränkten sich nicht auf die Kunst. Wie betont, war die Tragödie das Medium, in dem sich die attischen Bürger selbst bezüglich ihrer politischen Ordnung vergewisserten.

Die angesprochenen Probleme waren real und sie wurden auch in einer antidemokratischen politischen Theorie thematisiert – hier vor allem das Zeitproblem und die fehlende Kompromissfähigkeit der Masse (Die Mehrheit erscheint in der einschlägigen Literatur häufig als Tyrann; dahinter steht letztlich das Problem, dass dort, wo sich Gruppen stabilisieren und dauerhafte Mehrheiten bilden, aus der Mehrheitsregel eine Interaktion von zwei kollektiven Akteuren wird, von denen eine diktatorische Vollmacht besitzt. Mehrheitsentscheidungen sind nur so lange akzeptabel, wie jeder zumindest die Möglichkeit hat, selbst zum Teil der Mehrheit zu werden). **Diese Probleme führten in einer Krisenphase des**

Peloponnesischen Krieges schließlich zur Abschaffung der Demokratie.

Im Jahr 411/10 v.Chr. trat die Volksversammlung in Athen zusammen und **beendete die erste Demokratie der Weltgeschichte. Sie hatte sich nach Ansicht der versammelten Bürger nicht bewährt.** Zwar dauerte die oligarchische Phase nur kurz (die Oligarchie bewährte sich noch viel weniger), interessant ist aber, was Thukydides zu den Ursachen berichtet.

„Denn wenn zwei Demokraten einander begegneten, traute einer dem anderen nicht, weil er nicht sicher war, ob der nicht auch mit dazu gehörte. Denn unter ihnen gab es manche, von denen niemand geglaubt hätte, dass sie es mit den Oligarchen halten würden. Und diese hauptsächlich waren es, die den Argwohn der Menge erregten und dadurch, dass sie das Volk mit Misstrauen erfüllten, am meisten dazu beitrugen, der Sache der Oligarchen Vor-schub zu leisten.“

Es sind nicht die Oligarchen, die die Demokratie stürzen, sondern **es ist das gegenseitige Misstrauen der Demokraten** (und es ist, aber das hier nur nebenbei, auch die Unfähigkeit, einen Kompromiss bezüglich der Rückberufung des Alkibiades aus dem Exil zu finden).

Das oligarchische Zwischenspiel – oder genauer die oligarchischen Zwischenspiele, es gibt ein weiteres nach Kriegsende 404/03 v.Chr. – blieb eine Episode. Die Athener stellten die Demokratie wieder her und blieben ihr dann bis zur Eroberung Athens durch die Makedonen treu.

Die neue Demokratie war dabei aber in manchem anders als ihr Vorgänger.

Man nahm der Volksversammlung die Macht, mal eben über Gesetze zu entscheiden, und führte ein mehrstufiges Verfahren – de facto mehrere Lesungen – ein, man hob die Altersgrenzen politischer Partizipation an (für die Teilhabe am Gesetzgebungsverfahren von 18 auf 30 Jahre, wohl, weil man in den Jüngeren besonders hartnäckige „Unbedingte“ vermutete), man suchte zumindest in wesentlichen Fragen Konsens. Die Eintracht der Bürgerschaft wurde nun als Ergebnis des Willensbil-

dungsprozesses verstanden und Kompromisse wurden durchaus positiv konnotiert. Man bemühte sich schließlich um Vertrauen.

In einer Rede zur Bewältigung der finanziellen Folgen des Bundesgenossenkrieges in den 350er Jahren konnte Demosthenes sich gegen eine Abschaffung von Steuererleichterungen für Besserverdienende stellen, indem er finanzielle Wohlfahrt und allgemeines Vertrauen einander gegenüberstellte. Letzteres habe Athen, und das solle man um kurzfristiger Mehreinnahmen willen nicht gefährden.

Das Funktionierte, aber es war nicht umsonst, schon deshalb, weil das Wahlalter von 18 auf 30 anzuheben in einer politischen Ordnung, die Akzeptanz über Partizipationschancen sichert, dysfunktional ist. Aber auch der Aufwand, um das benötigte Vertrauen zu ermöglichen, war enorm. Vertrauen ist ja, das kam mir auch in dem *abstract* der Tagung doch recht kurz, keine „gute“ Disposition, sondern eine riskante.

Vertrauen meint die Erwartung, dass ein Gegenüber in Zukunft kooperieren wird, und das, obwohl die Informationen, um zu dieser Einschätzung zu gelangen, nicht hinreichend und die Kosten im Fall der Defektion höher sind, als der Gewinn im Fall der erwarteten Kooperation. Dementsprechend lässt sich Vertrauen nicht einfach generalisieren. Wenn man mehr Vertrauen im politischen System will, dann muss man Misstrauen institutionalisieren und so gefährliche Vertrauensroutinen unterbrechen. **In Athen erfand man im 4. Jh. das Konzept der politischen Verantwortung,** und man verrechtlichte die politische Sphäre radikal. Hier waren „Politiker aller Couleur“, um noch einmal aus dem *abstract* zu zitieren, tatsächlich an Allem schuld – und in Athen blieb es auch nicht bei „Verunglimpfung und Unterstellungen“. **Das waren Grundlagen, um Vertrauen – vor allem das Vertrauen ins politische System – möglich zu machen und politische Enttäuschungen abzuwickeln, aber sie veränderten das Politische und dies ganz bestimmt nicht immer zum Wohl der Politiker.**

Vertrauen und Politik

* Anspruch und Wirklichkeit *

Prof. Dr. Karl Mannsfeld
Sächsischer Kultusminister a.D.



Prof. Dr. Karl Mannsfeld

Gerade die unmittelbare Gegenwart zeigt uns deutlich, dass besonders in der Politik, aber nicht nur dort, die Notwendigkeit klarer An- und Aussagen der Schlüssel für das Ziel ist, mit seinen Ankündigungen die Öffentlichkeit zu erreichen um sie, wie man so schön sagt, mitzunehmen.

Lassen Sie uns zunächst auf das für das Begriffspaar „Vertrauen und Politik“ existentielle Problem von Wertvorstellungen und Werthierarchien eingehen. Einige Diskussionsanregungen möchte ich aus eher grundsätzlicher Sicht ansprechen und mit konkreten Beispielen aus dem Umweltbereich erläutern, den ich in Sachsen in 20 Jahren aktiv begleiten durfte.

1990 hatte die CDU in Bezug auf das Thema Umweltschutz mit Blick auf die desolaten Verhältnisse im Zustand der meisten Umweltfaktoren (Luft, Wasser, Boden, Abfallbeseitigung und auch Biodiversität) klare und nachvollziehbare Forderungen, die in einem Programm, genannt „Grüne Charta“ niedergelegt waren und in den Folgejahren

(etwa bis zum Jahr 2000) in großen Teilen umgesetzt werden konnten.

Die Bürger erkannten an klaren und verständlich formulierten Forderungen, dass hier eine politische Kraft ist, welche die „Karre“ aus dem Dreck ziehen will und wird. Als Abgeordnete waren wir zwar 1990 zumeist Neulinge in der Politik, aber an diesem Vorgang konnte man die Erfahrung machen, was Verlässlichkeit auf Ankündigungen und Zielen im politischen Handeln bedeutet.

Aber in den vergangenen 30 Jahren haben sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen doch erheblich verändert. Ich erinnere an solche Kategorien wie Respekt vor abweichenden Meinungen sowie die Wahrhaftigkeit und Tragfähigkeit politischer Entscheidungen.

Wie sind daher heute die dominierenden Wertvorstellungen beschaffen. Gegenwärtig treten beim Wertekanon sog. Pflicht- und Akzeptanzwerte (Fleiß, Bescheidenheit u.ä.) zurück, während Selbstentfaltungs- und Selbstbestimmungswerte Hochkonjunktur haben.

Um das aus dem Gleichgewicht geratende Wertependel wieder ins Lot zu bekommen, werden wir meiner Meinung nach nur aus der Synthese von Wissen und Wertvorstellungen jenes verantwortungsbewusste und leistungsfördernde Handeln stärken, aus dem die Gesellschaft in Zukunft leben kann und sollte.

Ein Zeugnis für eine frühzeitig in diesem Sinne durch die CDU gestaltete Politik ist und bleibt der § 1 im sächsischen Schulgesetz, schon in der Fassung von 1992. Dort sind, was Viele vielleicht gar nicht wissen, die wesentlichsten Wertkategorien benannt, in deren Sinne die junge

Generation erzogen werden soll.

Im Gesetz genannt sind Erziehung: zu Ehrfurcht vor allem Lebendigem, zu Nächstenliebe, zu Frieden und Erhaltung der Umwelt, zu Heimatliebe, zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewusstsein, zu Gerechtigkeit oder zur Achtung von Überzeugungen eines anderen.

Wenn es im Schulalltag gelingt überall dort, wo es sich anbietet diese Verhaltensnormen einfließen zu lassen, dann ist das eine gute Zukunftsbasis für die junge Generation.

In dieser Kombination Wissen und Werte ist es zugleich ein Markenzeichen konservativer Politik (und bisher bekannte sich die sächsische Union stets zu einer solchen).

Denn konservativ heißt nicht Aufrechterhaltung des Bestehenden oder gar Rückbesinnung auf vergangene Grundsätze, sondern bedeutet eine kritische Haltung gegenüber solchen Zielen und Reformen, die letztlich keine sind, sondern die eher überstürzte Änderungen anstreben.

Das schließt auch die Gefahr ein, bisherige Wertvorstellungen im öffentlichen Bewusstsein zu verlieren.



Tagungsleiter Dr. Joachim Klose von der KAS moderierte souverän die Veranstaltung. Wir wünschen ihm für seine neue Aufgabe in Berlin viel Erfolg.

Vertrauen und Politik

So ist für eine abwägende und auf Bewahrung der Grundlagen gesellschaftlicher Entwicklung bedachte Politik die Erkenntnis unumstößlich, dass das früher alleinige Primat vom ökonomischen Wachstum für gesellschaftlichen Entwicklung eine letztlich folgenschwere Verkürzung der Komplexität unserer Welt bedeutet.

Diese Einseitigkeit haben die Urheber des Begriffes „Ökologischer Fußabdruck“ (Rees/Wackernagel, 1997), der sicher auch Vielen geläufig sein dürfte, sehr treffend beschrieben als sie formulierten: Die Vorstellung, dass nur Wirtschaftswachstum der Schlüssel zum gesellschaftlichen Fortschritt ist, diese Erwartung hat „weder die Einkommensunterschiede ausgeglichen, noch die Besitzenden glücklicher, die Armen wohlhabender oder gar die Hungernden satt gemacht“.

Inzwischen ist vom Leitbild her – übrigens in Anlehnung an einen Wirtschaftszweig (Forstwirtschaft) – die „Nachhaltigkeit“ zum Kompass gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse geworden. Ein Kompass der anzeigt, dass nur eine solche Entwicklung zukunftsfähig ist, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr erfüllt sehen.

In dieser Hinführung zu der aktuell immer stärker betonten Zukunftsperspektive Nachhaltigkeit aber steckt auch die Forderung, die drei Forderungen:

Ökologieverträglichkeit, Ökonomieverträglichkeit und Sozialverträglichkeit im Dreiklang, im Zusammenwirken zu sehen. Damit sind wir wieder beim Hinweis auf die notwendige Orientierung von Wertvorstellungen und Werthierarchien angekommen, von denen die Gesellschaft bei der Umsetzung dieser Nachhaltigkeitsmaxime handeln muss.

Wenden wir diese Einsicht auf gegenwärtige Reizthemen wie: Klimawandel, Energiekrise, Migrationsgeschehen usw. an, dann sind wir von dieser synthetischen Vorgehensweise wohl noch weit entfernt.

Heute wird leider zumeist auf den gehört der laut ruft „ich weiß wie's geht, ich kenne die Wahrheit und deshalb hört mir gefälligst zu“.

Die Protagonisten entsprechender Gruppen ignorieren es, Argumente mit anderen auszutauschen, Sie kennen nur ihre eigene (oft sehr dürftige) Wahrheit und oft nicht einmal eine solche.

Aber sie verlangen von der Öffentlichkeit sich der lautstarken Verkündung ihrer Ansichten anzuschließen, ihr zu folgen.

Und wenn das nicht geschieht, dann besetzen sie Fabriken, kleben sich an Straßen, Gebäude oder gar an Kunstwerke des Weltkulturerbes.

Vor diesem Hintergrund sehr widersprüchlicher Sichtweisen gestatten sie mir abschließend an zwei Beispielen aus dem Umweltbereich zu kommentieren, wie sehr Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Politik von Nöten sind, damit die Öffentlichkeit zwischen Krawall und inhaltlicher Substanz unterscheiden kann.

In den Anfangsjahren (1991-2004)

waren die Unterschiede in den Vorstellungen der Parteien im Landtag beträchtlich, aber alle Ansichten mündeten auch im Ziele: es muss vorwärts gehen, es muss besser werden und es muss zukunftsfähig sein.

Natürlich waren Mehrheitsentscheidungen der allein regierenden CDU die Regel, nur selten aus prinzipiellen Erwägungen, die gab es sicher auch, sondern überwiegend aus sachlichen Gründen, weil man trotz gegensätzlicher Positionen miteinander sprach und durchaus auch Argumente anderer Vorstellungen anhörte und damit durchaus auch eigene Positionen anreichern konnte, weshalb die Art und Weise politischer Auseinandersetzungen zwar oft heftig, aber von Respekt getragen war.

Das scheint mir der Grund dafür gewesen zu sein, dass trotz eindeutiger politischer Mehrheiten das Vertrauen der Öffentlichkeit durch die zumeist praktizierte Transparenz und einen sinnvollen Umgang mit Macht und Mehrheiten weit größer war als heute.

Zu den Beispielen: Ab dem Frühjahr 1991 kamen die ersten Entwürfe für Landesgesetze zu Umweltfragen in den Landtag und da erwies sich die Frage des Verbandsklagerechtes für anerkannte Naturschutzverbände als unerwartetes Konfliktfeld.



Vertrauen und Politik

* Anspruch und Wirklichkeit *

Prof. Dr. Karl Mannsfeld

Die CDU hat diesen Grundsatz („Rechtsbehelfe für anerkannte Verbände“) wenn auch nicht mit Begeisterung, in die Verfassung vom Mai 1992 (Artikel 10) aufgenommen. 5 Monate später lag das erste sächsische Naturschutzgesetz vor, das aus dem Kabinett aber ohne Klagebefugnis in den Landtag kam.

Erst auf Drängen der Fachpolitiker wurde dieses Recht dann aber im Gesetz verankert. Ich erwähne dieses ca. 30 Jahre zurückliegende Ereignis vor dem Hintergrund des Mottos unserer Veranstaltung „Vertrauen und Politik“, weil vor einiger Zeit in einem Zeitungsinterview der Landesvorsitzende die bundesweite(!) Abschaffung des Rechtsbehelfsgrundsatzes propagierte.

So sieht meines Erachtens nach keine verlässliche Politik aus, selbst wenn man sich über den gelegentlichen Missbrauch dieser gesetzlichen Öffnungsklausel ärgert.

Gerade weil in unseren Tagen das Thema Umweltschutz, in das ich das Thema Klimaschutz immer eingeschlossen sehe, wieder größere Aufmerksamkeit im öffentlichen Bewusstsein erlangt hat, kann man gegenüber konkurrierenden politischen Kräften nur verlieren, wenn man seine Grundsätze und seinen fachlichen Vorsprung leichtfertig auf's Spiel setzt.

Aktueller, aber von gleichem Unverständnis, ist das zweite Beispiel. Auf Grund von Trockenheit, Sturmereignissen, Borkenkäferbefall und 2022 auch von verheerenden Waldbränden, sind wir in den vergangenen 30 Jahren verstärkt zu der Auffassung gelangt, dass wir das Wirtschafts – und Gesundheitsgut WALD (aufgelöst in : „Wir alle leben davon“) mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Wenn aber Politiker in Spitzenämtern unverständlicher-



Von 1990 bis 2004 war Prof. Mannsfeld Mitglied des [Sächsischen Landtages](#) ohne Wahlkreis. Dort war er Umweltpolitischer Sprecher der [CDU-Fraktion](#). Vom 18. April 2002 bis 10. November 2004 war er [Sächsischer Staatsminister für Kultur](#) und Stellvertretender [Ministerpräsident](#) des Freistaates [Sachsen](#). / Bereits vor 1990 engagierte er sich ehrenamtlich für die Umwelt, speziell den Landschafts- und Naturschutz. 1990 wurde er in den Sächsischen Landtag gewählt und hat in fast drei Wahlperioden die Verabschiedung sächsischer Umweltgesetze maßgeblich beeinflusst. Quelle: Wikipedia.de

weise vorschlagen, zur rascheren Nachrüstung mit Windenergieanlagen für die Stromgewinnung (wofür wir noch gar keine wirksamen Speichermöglichkeiten haben), also die Forderung nach mehr Anlagen momentan gar keine Lösung für unsere gegenwärtige Energielage bedeutet, dann ist die Forderung die durch Borkenkäferbefall entblößten Waldflächen für die Aufstellung der im Offenland stark umstrittenen WEA zu nutzen, wirkungslos.

Denn solchen Vorschlägen steht streng genommen der § 9 des Bundeswaldgesetzes entgegen, wobei es besonders schmerzt, wenn solche „Anregungen“ aus Sachsen kommen, haben wir doch 1992 als einziges Bundesland wenigstens den Versuch unternommen im sächsischen Waldgesetz willkürliche Waldumwandlungen zu erschweren. **Es geht also tatsächlich um Vertrauen.** Denn wer ohne Not von den selbst beschlossenen Grundsätzen abrückt, kann nicht erwarten, das Vertrauen in die Politik bestehen bleibt oder gar wächst.

Zusammengefasst ist zu sagen:

Ein klares Profil mit Erkennbarkeit seiner Ziele für die Öffentlichkeit (dennoch verbunden mit der Bereitschaft zum Kompromiss) ist die wichtigste Handlungsoption, um durch Vertrauensbildung und Wertbeständigkeit die unübersehbaren Herausforderungen vor allem im Umweltbereich zu meistern.

Mit dem dazu Erreichten können wir trotz zahlreicher begrüßenswerter Entscheidungen und Entwicklungen in den vergangenen 30 Jahren noch nicht zufrieden sein. So gesehen halte ich es mit einem Wort des Philosophen **Artur Schopenhauer**, der sagte: **„um glücklich zu sein und zufrieden zu bleiben – Senke deine Erwartungen oder steigere deine Anstrengungen“!**

Hoffen wir gemeinsam, dass es der Politik aus der letzten Option gelingt, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, auch in Sachsen, für die Zukunft zu sichern.

„Klimawandel – Klimaschwindel“ - Wo stehen wir heute?

Jörg Matschullat

Prolog

„Der Klimawandel ist ein globales Phänomen und heute von anderer Qualität als frühere Klimadynamiken auf unserem Planeten. Bisherige Klimaänderungen, die zu Warm- oder Kaltzeiten führten, waren stets allein durch natürliche Prozesse ausgelöst. Dazu gehören z.B. die Änderung von Erdbahnparametern (Milankovic-Zyklen) und von Sonneneinstrahlung. Die jetzige globale Erwärmung ist aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch überwiegend auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in der Emission von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, Methan und Lachgas aus der Verbrennung fossiler Energieträger (z.B. Kohle, Erdöl und -gas), aus landwirtschaftlicher Praxis, Landnutzung und Urbarmachung, sowie indirekt im Bevölkerungswachstum. Deshalb wird dieser heutige Klimawandel als anthropogen, also vom Menschen gemacht, bezeichnet.“ Mit diesen Worten begann vor etwa zehn Jahren eine Handreichung des Autors unter dem Titel *Klimawandel – Klimaschwindel*^[1]. Darin wurden die Fragen: Wer weiß eigentlich was?, Welche Quellen sind wirklich seriös?, Was sind Klimaskeptiker, -leugner – und cui bono (Anm. Red.: „Wem zum Vorteil?“) beantwortet sowie Tipps für Literatur und Internet-Seiten gegeben. Das muss hier nicht wiederholt werden; die Arbeit von 2010 ist verfügbar^[1]. Stattdessen fokussiert dieser Beitrag mehr auf unsere menschliche Art, mit komplexen (und konflikträchtigen) Herausforderungen umzugehen.



Abbildung 1. „Und was, wenn wir alle diese Veränderungen für nichts täten?“

Modifiziert nach:

<http://biol1404mcgspart2012.blogspot.com/2012/02/more-thoughts-on-global-climate-change.html>

Prof. Dr. Jörg Matschullat, Interdisziplinäres Ökologisches Zentrum, Brennhaugasse 14, 09599 Freiberg
ist Professor für Geochemie und Geoökologie und Geschäftsführender Direktor des Interdisziplinären Ökologischen Zentrums an der TU Bergakademie Freiberg [joerg.matschullat@ioez.tu-freiberg.de]

Einleitung

Auf nahezu allen Gebieten des Denkens und der Empfindungen von uns Menschen gibt es Positionen, die es als äußerst schwierig erscheinen lassen, ein so komplexes Thema wie Klimawandel eindeutig und vor allem einvernehmlich diskutieren zu können. Zu verschieden sind unsere Prägungen und Einstellungen, unsere Hoffnungen und Wünsche, unsere Positionen in weltanschaulicher Hinsicht. Dies betrifft Alle und Jede(n), ob bewusst oder unbewusst. Mike Hulme veröffentlichte dazu ein viel beachtetes Buch^[2a, b]. Dafür wurde Hulme sogar von Fachkollegen kritisiert, die ihm unterstellten, zu offen für die „Gegenseite“ zu sein, die „Klimaleugner“. Eine solche Reaktion Einzelner zeigt deutlich, wie unsinnig dogmatische Positionen sind.

Stattdessen sollte es darum gehen, eine sehr komplexe Thematik in ihren teils vielschichtigen Grundsätzen (nicht notwendig allen fachlichen Details) hinreichend zu verstehen. Dies ist notwendig, allein um erkennen zu können, dass in der Öffentlichkeit teilweise sehr bewusst und professionell „Nebelkerzen“ eingesetzt werden, um Klarheit und Verständnis zu hintertreiben. Ein kritischer Geist möge sich dabei stets die Frage nach dem „cui bono“?

(Anm.Red.: [lateinisch](#) für „Wem zum Vorteil?“) stellen.

„Klimawandel – Klimaschwindel“ - Wo stehen wir heute?

Wem nutzt es, wenn wir das Thema Klimawandel negieren und uns nicht der Verantwortung stellen?

Anders als vor zehn Jahren treten weltweit, auch in Europa und in Deutschland, zum Teil machtvolle Stimmen auf den Plan. Diese Stimmen haben sich in ihrer Rhetorik und Strategie bewusst von einem Konsens darüber verabschiedet, was Erkenntnisstand ist und wo Spekulation oder noch drastischer, unzulässige Vereinfachung und echte, bewusste Falschaussagen beginnen.

Wenn „alternative Wahrheiten“ und eine Verunglimpfung sachlicher Argumente positive Resonanz erhalten, sollten allenthalben die Warnlampen aufleuchten.

Das Thema Klimawandel in seiner Vielschichtigkeit ist zu wesentlich, als dass es zu sehr vereinfacht werden dürfte. Verwirrend an der öffentlichen Auseinandersetzung ist nicht zuletzt, dass zahlreiche

Argumente in sich wahr sind oder dem aktuellsten Wissen sehr nahekommen. Jedoch werden diese Argumente immer wieder in Zusammenhänge gestellt, die wiederum als eindeutig falsch beziehungsweise nicht sachgerecht bezeichnet werden müssen.

Im Folgenden spreche ich bewusst nicht diejenigen wirtschaftlichen und politischen Interessen an, die aus verschiedenen Gründen die öffentliche Meinung beeinflussen wollen, um ein gerichtetes Handeln zumindest zu bremsen, wenn nicht zu verhindern.

Das beschrieben zum Beispiel Naomi Oreskes und Erik M. Conway in ihrem Buch „Die Machiavellis der Wissen-

schaft. Das Netzwerk des Leugnens“, im Original „The merchants of doubt“ hinreichend ehrlich und klar^[3]. Stattdessen möchte ich auf meine Mitmenschen fokussieren, die weder Physik, Meteorologie noch Erdsystemwissenschaften studiert haben. Also die gesellschaftliche Mehrheit, die dennoch verstehen möchte, was der aktuelle Klimawandel für uns bedeutet. In dieser Gruppe gibt es oft Zweifel und teilweise auch den Wunsch nach (etwas zu) einfachen Antworten.

Der zeitliche Abstand zu der erwähnten Handreichung^[1] hat einen großen praktischen Vorteil – und dies ist weder sarkastisch noch zynisch gemeint: Konsequenzen von Klimawandel sind heute weltweit bereits deutlich stärker auch für Laien spürbar als noch vor zehn Jahren. Dazu kommt, dass wir auch als Bürger stets mitentscheiden, welche Politik zum Zuge kommen soll.

Ist es klug, den jüngst in Deutschland ausgehandelten Kompromiss zu einem Ausstieg aus der nachweislich extrem klimabelastenden Kohleverstromung in Frage zu stellen, den Umbruch noch weiter hinauszuzögern? Ist es klug, der deutschen Automobilindustrie immer wieder Aufschub zu gewähren, bevor sie tatsächlich effektiv zur Minderung von Emissionen beiträgt? Antworten auf diese Fragen haben durchaus globale Konsequenzen für das Thema Klimawandel – ebenso wie für die Frage, ob die deutsche Wirtschaft dauerhaft konkurrenzfähig bleiben wird.

Was bedeutet Klimawandel?

Im Hinblick auf beobachtbare und belegte Phänomene erkennen wir fünf große Linien der Veränderung^[4]:

- 1) Rückgang von Meereis, Kontinentaleis und Gletschern,
- 2) zunehmende Wetterextreme,
- 3) Schäden an Ökosystemen und Verringerung von Biodiversität,
- 4) Anstieg des globalen Meeresspiegels und Versauerung oberflächennahen Ozeanwassers, sowie
- 5) Ausbreitung von Krankheiten und klimawandelbedingte Migration.

Schnee- und Eisflächen reflektieren erhebliche Anteile der Sonneneinstrahlung.

Da die Atmosphäre sich erwärmt, gehen diese Flächen anteilmäßig nahezu stetig zurück. In der Konsequenz wird es noch wärmer. Höhere Lufttemperaturen führen zu einer stärkeren Bewegung von Luftmassen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zunahme von Extremereignissen, von Stürmen und Starkniederschlägen über Dürrephasen und Hitzeextreme bis hin zu Hagel- und Blitzereignissen. Inzwischen können wir mathematisch Zusammenhänge zwischen einzelnen Extremereignissen und dem Klimawandel nachweisen. Solche Extremereignisse und auch schleichende Veränderungen wie lange Trockenzeiten und Verschiebungen der Durchschnittstemperaturen wirken sich auf Ökosysteme (z.B. Wälder, Seen und Flüsse) aus und zwingen diese zur Anpassung. Eine solche Anpassung geht meist mit dem Verlust von Arten einher und kann in menschlichen Zeiträumen nicht über neu einwandernde Arten ausgeglichen werden. Die Erwärmung von Luftmassen führt ebenfalls zur Erhöhung der Temperatur von oberflächennahem Meerwasser.

„Klimawandel – Klimaschwindel“ - Wo stehen wir heute?

Das Wasser dehnt sich aus, der Meeresspiegel steigt, verstärkt durch schmelzendes Eis – aktuell pro Jahrzehnt um gut 3 Zentimeter. Mehr Kohlendioxid (CO_2) in der Atmosphäre führt auch zur erhöhten Aufnahme dieses Gases in den Ozeanen und damit dort zur Versauerung, weil sich daraus Kohlensäure bildet. Schließlich führt die Klimaveränderung zu neuen Verbreitungswegen zahlreicher Insekten (und anderer Tier- und Pflanzenarten), die in nicht wenigen Fällen auch Träger von Infektionskrankheiten sein können. Doch nicht allein Pflanzen und Tiere machen sich auf Wanderschaft. Auch Menschen sind zunehmend gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, weil die Veränderung dortiger Lebensbedingungen ein menschenwürdiges Leben zunehmend unmöglich macht.^[4]

Ist Ihnen das noch zu abstrakt? Die vielleicht einfachste Aussage zum Klimawandel heute ist schlicht die, dass in einer Welt mit über 7,6 Milliarden Menschen (Ende 1959 zählten wir 3 Milliarden) Infrastrukturen nötig sind, deren technische Komplexität zugleich zunehmende Verwundbarkeit mit sich bringt. Wenn zum Beispiel in Deutschland die Versorgungssicherheit mit

Brennstoffen im Trockenjahr 2018 zu deutlichen Mehrkosten nicht nur an Tankstellen, sondern auch im produzierenden Gewerbe führt, dann ist dies nur ein kleiner Vorgeschmack auf erheblich viel größere Herausforderungen, die weniger stabile klimatische Verhältnisse quasi zwanghaft nach sich ziehen. Eine weitere Konsequenz allein der meteorologischen Verhältnisse des Jahres 2018 in Mitteleuropa ist, dass es viele Jahre mit „normalen“ Niederschlägen dauern wird, bis Grundwasserspiegel wieder auf ihrem gewohnten Niveau liegen. Vermutlich ist es den meisten LeserInnen klar, dass solche Extreme hier in Europa kein Einzelfall sind, sondern dass wir weltweit eine Zunahme von meteorologischen Extremereignissen aller Art registrieren – mit steigenden materiellen Schäden und leider auch oft mit Toten und Verletzten (Stürme, Waldbrände, Überschwemmungen, Hitzetote) – Abbildung 2. Ein Blick in Berichte und Bilanzen der Versicherungswirtschaft bestätigt dies schnell (z.B.

<https://www.munichre.com/topics-online/de/climate-change-and-natural-disasters/climate-change/climate-change-heat-records-and-extreme-weather.html>).

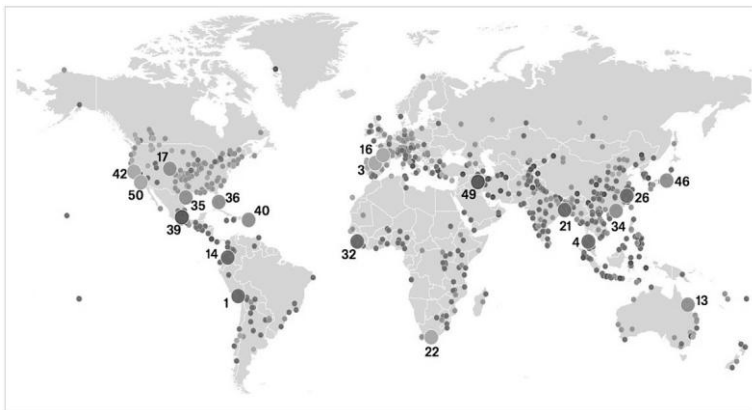


Abbildung 2.

Weltkarte der 730 größten Schadensereignisse im Jahr 2017^[5]. Große Kreise zeigen die 20 größten Ereignisse nach Gesamt- und versichertem Schaden sowie Todesopfern an. 1. Geophysikalische Ereignisse (Erdbeben, Tsunami, vulkanische Aktivität), 2. Meteorologische Ereignisse (Tropischer und außertropischer Sturm, konvektiver und lokaler Sturm), 3. Hydrologische Ereignisse (Überschwemmung, Massenbewegung), 4. Klimatologische Ereignisse (Extremtemperatur, Dürre, Waldbrand).

Zu bedenken ist bei Abbildung 2, dass sowohl die unter „Hydrologische Ereignisse“ verbuchten Schäden in vielen Fällen ebenso von Klimawandelprozessen ausgelöst sind (Starkregen, ungewöhnliche Bodendurchnässung, etc.) wie

unter „Meteorologische Ereignisse“ aufgeführte Phänomene eindeutige Folgen von Klimawandel sein können (Stürme). Erstere führen zu Überschwemmungen oder auch Massenbewegungen wie Hangrutschen, letztere zu Waldschäden, Störungen von Infrastrukturen, etc. Umgekehrt sind viele Waldbrände allenfalls durch Trockenphasen begünstigt; Ursache und Auslöser dagegen ist oft Brandstiftung. Es gilt also auch hier: genau hinsehen und kritisch beleuchten.

Was ist normal?

Doch was ist normal, wollen Sie wissen, denn Wandel gab es ja stets und wird es immer geben. KlimatologInnen sprechen von ‚Klimanormalen‘ und meinen damit einen Zeitraum von mindestens 30 Jahren, um das Klima eines Ortes oder Region zu charakterisieren. Die heute weltweit gängige Referenz ist dabei das Zeitfenster von 1961 bis 1990. Das durchschnittliche Verhalten meteorologischer Kenngrößen (z.B. Temperatur, Niederschlag und Wind) in solch einer Klimanormalen an einem bestimmten Ort oder einer Region beschreibt dann das Klima, meist im Jahreszyklus nach Monaten gegliedert (Abbildung 3). Im Klimabegriff steckt daher die Vielfalt der Dynamik zwischen Tag und Nacht, Monaten und Jahreszeiten einschließlich aller Extreme, die auftreten können ohne dabei unbedingt das berechnete Klima dieses Ortes oder dieser Region zu verändern. Erst wenn diese durchschnittlichen Verhältnisse sich verändern, sprechen wir von Klimawandel (Abbildung 4). So kann sich das Klima eines Ortes verändern, auch ohne dass sich notwendig das Klima anderenorts mit verändert. Erst wenn wir Entwicklungen beobachten, die praktisch den gesamten Erdball betreffen, dann reden wir vom globalen Klimawandel.

„Klimawandel – Klimaschwindel“ - Wo stehen wir heute?

Die Klimanormale von 1961 bis 1990 wurde übrigens gewählt, weil erst seit dem Jahr 1961 weltweit eine genügend hohe Dichte direkter Beobachtungen meteorologischer Kenngrößen etabliert ist und sich die Weltgemeinschaft in der UN Weltorganisation für Meteorologie (WMO) darauf einigte. Dennoch gibt es robuste Methoden, mit deren Hilfe frühere klimatische Verhältnisse mit hinreichender Genauigkeit rekonstruiert werden können.

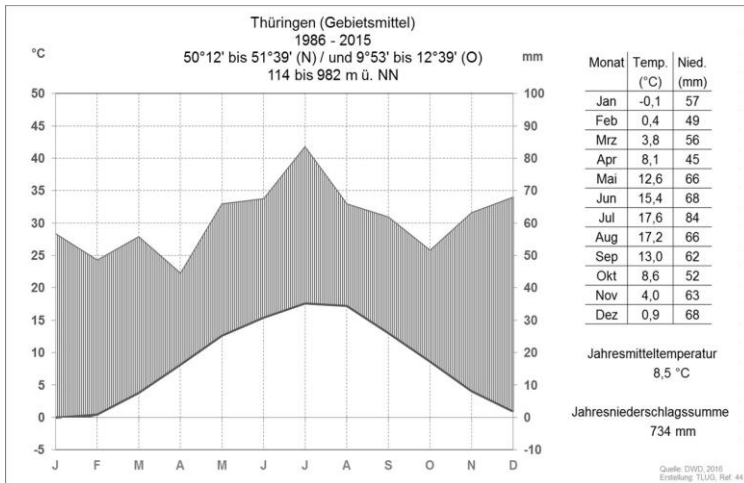


Abbildung 3.

Aktuelles Klimadiagramm vom Thüringer Landesamt für Umwelt und Geologie, basierend auf Daten des Deutschen Wetterdienstes (DWD):

<https://www.thueringen.de/th8/klimaaagentur/klima/index.aspx>

Die Gaußsche Verteilung einer Klimavariablen (hier Temperatur in Abbildung 4) umfasst auf einen Ort bezogen auch kalte und heiße Extreme. Hinter dieser Normalverteilung liegt die Erfahrung, dass beliebige Zustände im Klima- und Wettersystem mit einer berechenbaren Wahrscheinlichkeit auftreten. Unter Klimawandelbedingungen müssen sich die durchschnittlichen Temperaturen nicht besonders stark verändern, um dennoch große Veränderungen im Extremverhalten auszulösen. Dies zeigt die Verschiebung der Gaußschen Glockenkurve hin zu wärmeren Temperaturen. Für Menschen problematisch sind kaum die durchschnittlichen Bedingungen; daran können wir uns gut anpassen. Die Herausforderung liegt darin, mit Extrembedingungen zurechtzukommen, egal ob es Hitzewellen und lange Dürren sind, oder ob es sich um starke Stürme, Starkniederschläge (einschließlich Hagel) oder um plötzliche Hangrutschungen handelt.

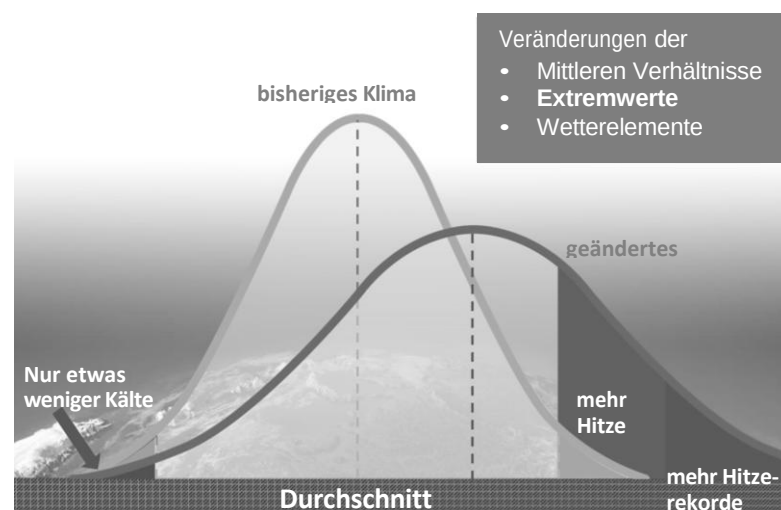


Abbildung 4.

Klimawandel als Verschiebung der normalen Verteilung; hier der Temperatur.

Quelle DWD nach 4. IPCC Zustandsbericht, Box TS.5, Figure 1 [4]

<https://www.ipcc.ch/report/ar4/wg1/technical-summary/> (

Klimadynamik.

Veränderungen im globalen Klima hat es im Laufe der Erdgeschichte immer wieder gegeben. Die letzten drastischen Klimaänderungen traten in den letzten 2 Millionen Jahren mit den Eiszeiten sowie den dazwischenliegenden Warmzeiten auf. Auch wenn Eispanzer die Erde nur auf begrenzten Flächen bedeckten, zwangen sie uns doch zur Anpassung. Der globale Temperaturunterschied zwischen Warm- und Kaltzeiten betrug damals etwa 5 Grad Celsius.

Das klingt nach wenig, doch für unseren Planeten mit einer globalen Jahresdurchschnittstemperatur von etwa 15 Grad Celsius ist das eine ganz erhebliche Abweichung. Vielleicht macht es dieser Vergleich wiederum einfacher sich vorzustellen, dass auch kleine Änderungen der globalen Durchschnittstemperatur zu erheblichen Folgen (nicht allein) für

uns Menschen führen. Neben den sogenannten Erdbahnparametern, also der Art wie unsere Erde mit ihrer leicht geneigten Achse sich um die Sonne bewegt (exakt berechenbar mit den Milankovic-Zyklen), gibt es weitere wesentliche natürliche Einflussgrößen, die sich auf das Klima unseres Planeten auswirken. Dazu gehört die Energiezufuhr durch die Sonne, die nicht gleichmäßig strahlt und dazu gehören vulkanische Aktivitäten (Abbildung 5).

„Klimawandel – Klimaschwindel“ - Wo stehen wir heute?

Ein einzelner starker Vulkanausbruch wie der des Mt. Pinatubo auf den Philippinen im Juni 1991 konnte die globale Durchschnittstemperatur für etwa zwei Jahre um circa 0,5 Grad Celsius senken. Insgesamt geht es bei Klimadynamik stets um den Strahlungshaushalt der Erde, also wie viel Energie unser Planet erhält und wie viel davon er wieder abgibt (Abbildung 6).

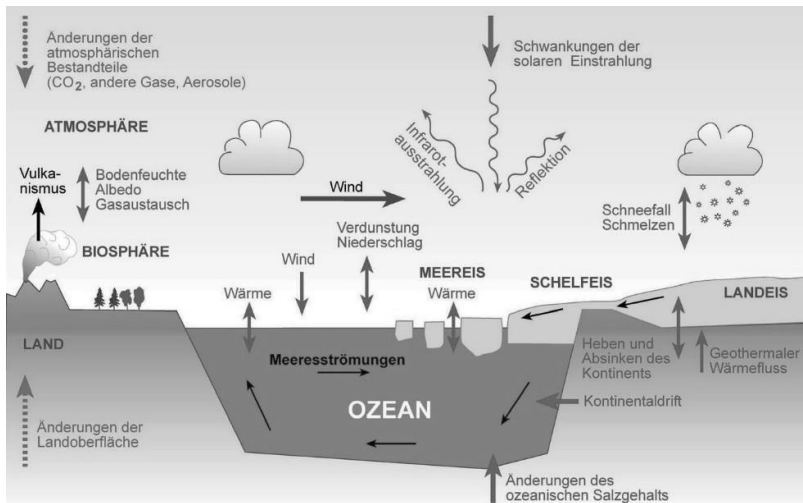


Abbildung 5. Das Klimasystem unseres Planeten.
Menschliche Einwirkungen sind gepunktet dargestellt^[6]

Die Abbildung 5 zeigt das Klimasystem Erde mit den wesentlichen Einflussgrößen. Deutlich wird, dass die durch uns Menschen veränderte Zusammensetzung der Atmosphäre und die von uns ausgelösten Veränderungen der Landoberfläche (Versiegelung, Entwaldung, usw.) **DIE Prozesse sind**, welche das Langzeit-Fließgleichgewicht des Klimasystems beeinflussen (gestrichelte Linien).

Indirekt zeigt die Abbildung auch, dass unser Tun direkte Auswirkungen auf die Biosphäre, die Ozeane und ihre Meeresströmungen, die Eismassen des Planeten und eben den Strahlungshaushalt der Erde hat (Abbildung 6).

Natur und Mensch – welche Kraft ist verantwortlich?

Alle wesentlichen Prozesse, die diesen Strahlungshaushalt beeinflussen können, sind sowohl unter ständiger globaler Beobachtung (aus dem erdnahen Weltall ebenso wie von der Erdoberfläche selbst) und können inzwischen mit recht hoher Genauigkeit berechnet werden. Solche Berechnungen geschehen mithilfe sogenannter Erdsystemmodelle, in denen nicht allein diese Prozesse, sondern auch deren vielfältige Rückkopplungen im System erfasst sind. Nachdem solche Modelle gezeigt haben, dass sie in der Lage sind, vergangene Zustände mit hinreichender Präzision nachzuvollziehen (Verifikation), lassen sich damit Entwicklungen des Systems in absehbarer Zukunft errechnen (Projektion). Da diese Modelle nicht allein die natürlichen Einflussgrößen, sondern ebenfalls die menschengemachten Prozesse erfassen, lässt sich damit recht genau berechnen, welcher Anteil an einer klimatischen Veränderung menschengemacht ist und welcher Anteil auf rein natürliche Prozesse zurückzuführen ist (Abbildung 7).

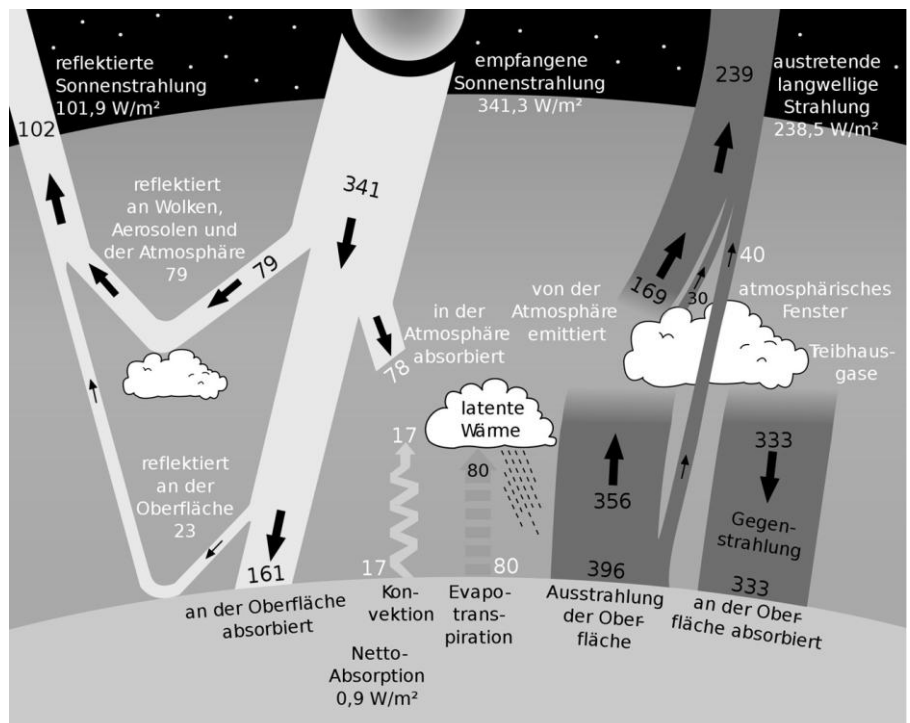


Abbildung 6. Vereinfachte Darstellung vom Strahlungshaushalt der Erde (die Zahlen geben die Strahlung in Watt pro Quadratmeter an ([https://de.wikipedia.org/wiki/Strahlungshaushalt_der_Erde#/media/File:Sun_climate_system_alternative_\(German\)_2008.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Strahlungshaushalt_der_Erde#/media/File:Sun_climate_system_alternative_(German)_2008.svg)))

„Klimawandel – Klimaschwindel“ - Wo stehen wir heute?

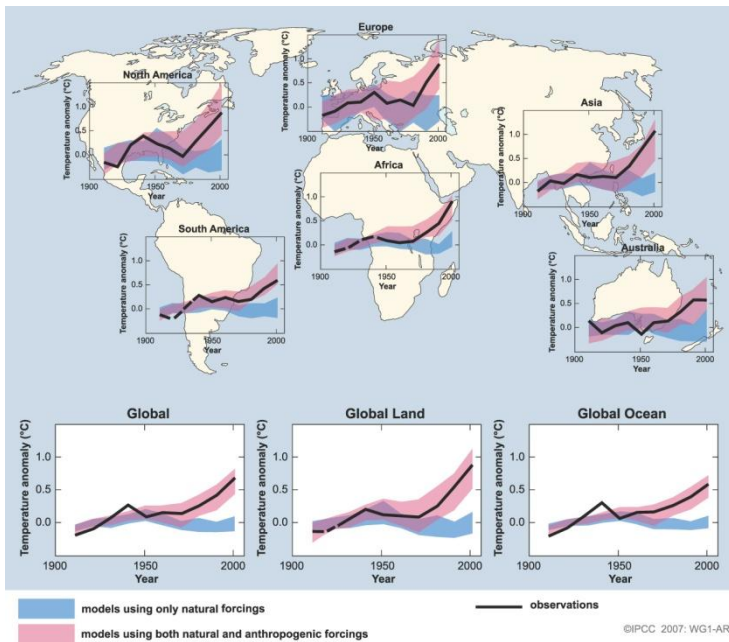


Abbildung 7.

Regionalisierte Ergebnisse der Klimamodellierung im Beobachtungszeitraum. Die durchgezogenen Linien zeigen die Beobachtungsdaten. Der blaue Streifen zeigt die Ergebnisse der Modellierung allein der natürlichen Einflussgrößen auf den Strahlungshaushalt; der rote Streifen zeigt die Ergebnisse von natürlichen und menschgemachten Einflussgrößen. Alle Modellunsicherheiten werden durch die Breite der Streifen gezeigt (IPCC: <https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/spm4-1.jpg>)

Deutlich erkennbar in Abbildung 7 sind Unterschiede zwischen Land und Ozeanen, sowie auch zwischen den Kontinenten. Dieser Aspekt ist nur ein verschwindend geringer Anteil der Aussagen, die wir aus den Erdklimamodellen gewinnen. Dennoch zeigt diese Abbildung ein realistischeres Bild des dynamischen Wandels als eine Berechnung der durchschnittlichen Veränderungen unseres gesamten Globus („Global“ in Abbildung 7). Zudem lässt sich aus der Differenz zwischen allein natürlichen sowie natürlichen und menschgemachten Anteilen am Klimawandel recht präzise berechnen,

welchen Anteil wir Menschen daran in etwa haben. Oft auch als zusätzlicher Treibhauseffekt bezeichnet, dominiert der anthropogene Anteil seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – und dieser Anteil steigt^[4]. Bereits heute gibt es Bereiche der Erde, in denen die jährliche Durchschnittstemperatur um 4 bis 5 Grad Celsius gestiegen ist – die nördlichen Polargebiete. Deshalb geht dort das Meereis rapide zurück. Dadurch wird das Sonnenlicht nicht mehr so stark zurück in den Weltraum gestrahlt. Stattdessen nimmt die nun viel dunklere Meeresoberfläche die Energie auf. Wärmeres Meerwasser erhitzt seinerseits die Luftmassen darüber. Dies beeinflusst wiederum die Bewegung dieser Luftmassen, die atmosphärische Zirkulation.

Für unsere Breiten bedeutet dies, dass wir in Deutschland anders als noch vor einigen Jahrzehnten zunehmend stabilere Luftmassen über uns vorfinden (ortsstabile blockierende Großwetterlagen) statt schnell durchziehender Wechsel von Hoch- und Tiefdruckgebieten. Damit wird die Witterung länger anhaltend stabil – und die Wahrscheinlichkeit zum Beispiel ausgedehnter Trockenzeiten steigt.

Was für viele zunächst „schöneres Sommerwetter“ bedeuten mag, ist für Land- und Forstwirtschaft sowie Wasserwirtschaft und Industrie zwar keine Katastrophe, doch eine im Ansatz bereits bedrohliche Entwicklung. Allein die durch die lange Trockenzeit ausgelösten Borkenkäferschäden, die das Jahr 2018 in den Forsten der Republik gezeigt hat, summieren sich auf mehr als 1 Milliarde Euro. Wohlgemerkt, dies ist nur ein Beispiel. Weltweit können zeitgleich ganz andere Konstellationen auftreten, wie Unwetter, Überschwemmungen, Landrutsche in Südeuropa oder Vorderasien, Extremtrockenheiten im Amazonas-Regenwaldgebiet usw. Diese Extreme nehmen zu. Sprachen wir noch vor wenigen Jahren darüber, dass einzelne solcher Ereignisse nicht mittelbar mit Klimawandel in Verbindung gebracht werden können, so ändert sich dies inzwischen.

Die Attributionsforschung (= Zuordnungsforschung: <https://www.klimareporter.de/tag/attributionsforschung>) macht große Fortschritte.

Die Zunahme von Extremereignissen vereinfacht es für WissenschaftlerInnen, den physikalischen Grundlagen dieser Einzelereignisse auf den Grund zu kommen.

Dies ist eine Seite der Thematik, der hier eine weitere, historische Fußnote angefügt werden soll: Bereits im Jahr 1896 berechnete der schwedische Wissenschaftler Svante Arrhenius, welche Konsequenzen es für die mittlere Temperatur der Erde hätte, wenn wir Menschen Kohle verbrennen und die Konzentration dieses Spurengases in der Atmosphäre verdoppelten (von 280 auf 560 Teile pro Million)^[7].

Nach seinen Berechnungen stiege die Temperatur um etwa 5 Grad Celsius. Dieses Ergebnis liegt recht nahe an den heute ermittelten Berechnungen, obwohl Arrhenius noch nichts von den zahlreichen Wechselwirkungen, den positiven und negativen Rückkopplungen im System Erde wusste.

Die andere Seite des Themas bezieht sich auf unsere Rolle; die Verantwortung von uns Menschen für den

„Klimawandel – Klimaschwindel“ - Wo stehen wir heute?

beobachteten Klimawandel. Obwohl es uns letztendlich egal sein könnte, ob dieser Wandel durch natürliche oder auch durch menschliche Aktivitäten bewirkt wird, haben wir inzwischen sehr deutlich verstanden, dass unsere Aktivitäten wesentlich zum beobachteten Klimawandel beitragen. Das ist nicht allein in sich logisch angesichts ungebrochener Freisetzung von klimawirksamen Spurengasen und deren positiven Rückkopplungen, sondern es kann auch recht präzise physikalisch berechnet werden.

Es wäre also vernünftig, diese Freisetzung so weit wie möglich zu verringern. Doch real verhalten wir Menschen uns ganz anders – die Emissionen steigen weiter. Das liegt nicht allein daran, dass die Menschheit wächst, sondern auch in einem global wachsenden Wohlstand – mit einhergehendem Konsum. Dies ist umso erstaunlicher, als die Erkenntnis, dass wir uns angesichts der Herausforderungen des Globalen Wandels ohnehin diesen zu stellen haben (Abbildung 1).

Unsere Kreativität, unsere Fähigkeit zu Empathie und zu tiefem Prozessverständnis sollten genügen, um nicht angstvoll und eingeschüchtert in eine vermeintlich bessere Vergangenheit zu schauen, sondern zuversichtlich und engagiert in die Zukunft zu blicken – und sie nachhaltig zu gestalten.

Dass dabei den Notwendigkeiten der uns tragenden Natur, des Systems Erde, ein größerer Vorrang zukommen muss als wirtschaftlichen Interessen, dürfte klar sein.

Kennen Sie den?

Treffen sich zwei Planeten und fragen nach dem gegenseitigen Wohlbefinden. „Ach, gar nicht so gut“, sagt der eine. „Warum denn, was ist los“, fragt der andere. „Ich habe *Homo Sapiens*“, antwortet der erste. „Ach, mach dir nichts draus“, sagt der zweite, „das vergeht“.

Das ist sicherlich etwas zynisch. Unser Planet wird auch diesen Klimawandel überleben – und mit großer Wahrscheinlichkeit auch wir Menschen. Doch der Preis dafür wird sehr wahrscheinlich hoch sein. Schon jetzt erregen sich viele von uns über Migration – bei zunehmendem Klimawandel erleben wir erheblich viel größere Flüchtlingsströme. Wir stemmen uns gegen Überlandleitungen, die für zukünftige Energieversorgung unerlässlich sind. Wie wollen wir uns dann zunehmenden Naturkatastrophen konstruktiv entgegenstellen? Wer möchte in Küstenbereichen der Nordsee hinter erheblich viel höheren Deichen leben – und wie lange lassen sich diese noch verstärken? Und welche Regierung wird handeln, wenn Verantwortliche die Wirklichkeit nicht wahrhaben wollen und die Zukunft im Gestrüpp suchen? **Solche Konflikte sind jedoch klein im Vergleich zu Krieg und massiven zwischenstaatlichen Konflikten, deren Wahrscheinlichkeit mit dem Anpassungsdruck an Klimawandel steigt. Wir haben die Wahl.**

Zwar werden wir das Thema Klimawandel nicht los, weder in dieser Generation noch in den absehbar nächsten, doch wir können mit konsequenter Anpassung einerseits sowie der ehrlichen und konsequenten Anstrengung, Ursachen zu bekämpfen, erfolgreich sein und Schlimmeres eindämmen. Zugleich hilft jeder konsequente Schritt zu mehr Klimaschutz (Mitigation). Vielleicht hilft es, dabei daran zu denken, dass jedes Nichthandeln heute die Kosten für das Handeln morgen in die Höhe treibt. Eine merkwürdige Rechnung wird dazu in manchen Köpfen aufgestellt: „Morgen“ seien wir so viel wohlhabender, dass die nötigen Ausgaben uns weniger Schmerzen würden als es heute der Fall wäre. Unsere Kinder und Enkel jedoch werden sich für diese Erblast „bedanken“.

Fazit

Sie müssen die Physik unseres Planeten nicht wirklich genauer verstehen. Sie müssen das Klimasystem nicht verstehen. Dennoch erscheint es sinnvoll und zielführend, besonnen und mit kritischem Geist zu überlegen, wie Risiken minimiert werden können und wie Verantwortung nicht auf die Schultern von Nachgeborenen zu schieben ist. Welche Argumente sind plausibler? Welche Konsequenzen hat es, ob Argumente der Klimawissenschaftler stimmen oder nicht? Welche Konsequenzen hat es, ob Argumente der professionellen KlimaleugnerInnen richtig oder falsch sind? Cui bono – wem nützt welches Argument? Fast alle WissenschaftlerInnen, die zum Thema Klimawandel arbeiten, tun dies nicht, weil sie nichts „Besseres“ zu tun hätten. Sie widmen sich dem Thema in der Hoffnung, mit den Ergebnissen zuerst einmal selber zu verstehen, wie das System Erde funktioniert und dann abzuleiten, welche Konsequenzen wir Menschen aus diesen Erkenntnissen ziehen sollten. **Jetzt entscheiden Sie.**

(Anm. Red. Epilog und der Literaturnachweis wurden aus Platzgründen entfernt! Selbige liegender Redaktion vor.)

Bericht aus dem Landesfachausschuss Sport

von Wilfried Oettel, Mitglied im Landesvorstand der Senioren-Union



Wilfried Oettel, Landrat a.D.

Jede Vereinigung der CDU (Junge Union, Frauen Union, Senioren Union, MIT usw.) haben in Sachsen die Möglichkeit ihre Vertreter in die Landesfachausschüsse der CDU Sachsen zu schicken.

Seit knapp 10 Jahren bin ich für die Senioren Union in den Landesfachausschuss Sport (LFA) der CDU berufen. Geleitet wird der LFA Sport vom Landtagsabgeordneten der CDU Wolf-Dietrich Rost aus Leipzig.

Mitglieder sind berufene Vertreter des Landessportbundes Sachsen (LSB), der Sportverbände Sachsens, Mitglieder größerer Sportvereine Sachsens und eben der Vereinigungen der CDU Sachsens.

Beraten und diskutiert werden die Entwicklung und die Ergebnisse des Breiten- und Leistungssports in Sachsen, die Stellung im Vergleich der Bundesländer und wen wundert es, dass das „liebe Geld“ in jeder Beratung eine große Rolle spielt.

Ich kann Ihnen berichten, dass sich die geladenen Vertreter des Innen- und Finanzministeriums mit großem Engagement für eine erfolgreiche Entwicklung und Finanzierung des Sports durch den Freistaat einsetzen.

Auch die Abgeordneten des Landtages haben ein offenes Ohr für die Nöte und Probleme des Sports und fördern mit ihren Beschlüssen die Entwicklung und Finanzierung bei Investitionen und Ausreichung von jährlichen Fördermitteln den Sport.

Trotzdem bleibt Wichtiges auf der

Strecke, so z. B. die seit Jahren bekannte und bisher nicht gelöste ordentliche Bezahlung bzw. Vergütung von gut geschulten Trainern und Übungsleitern.

Hochwasser, Corona, Flächenbrände (natürlich, fahrlässig oder vorsätzlich?), steigende Inflation und Energiepreise verschlimmern die Situation.

Zur Sitzung des LFA im Mai gab es eine Auswertung der Olympischen Sommerspiele in Tokio und der Olympischen Winterspiele in Peking.

Dr. Ulf Tippelt (Mitglied im LFA) vom Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) Leipzig gab eine Wertung der Entwicklung und der Ergebnisse auf Bundesebene und Dr. Kersten Adler (als Gast) vom LSB aus sächsischer Sicht.

Beide kamen zu der Erkenntnis, dass sowohl aus Deutschland, als auch Sachsen seit der Wiedervereinigung kontinuierlich weniger Sportlerinnen und Sportler an den Olympischen Spielen, als auch an Weltmeisterschaften teilnehmen.

Der Altersdurchschnitt der deutschen Teilnehmer an der Winterolympiade in Peking lag bei 27,8 Jahren, der der sächsischen Teilnehmer bei 28,8 Jahren.

Beide haben analysiert, dass dies nicht an fehlendem Geld liegt, sondern:

- *Es werden immer weniger Kinder in Deutschland und Sachsen geboren. Wollen wir tatsächlich nur auf Zuwanderung setzen?*
- *In Deutschland gibt es ein grundlegendes Problem im Bewegungsmangel der Kinder. Zeit und Häufigkeit der aktiven Bewegung der Kinder werden durch Internet, Handy und auch die Pandemie ausgebremst.*
- *In Deutschland und Sachsen fehlt es an einer organisierten Talent-sichtung. Ich frage mich, ob die Spartakiadebewegung auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene mit verpflichtender Teilnahme aller, wirklich so schlecht war.*
- *Es fehlt in Deutschland und Sachsen an qualifizierten Sportlehrern schon an den Grundschulen und für den Leistungssport an Trainern und Übungsleitern mit einem sportlichen Berufsabschluss und ordentlicher Bezahlung.*

Deutschland liegt bei den Sommerspielen

in Tokio im Medaillenspiegel auf dem 9. Platz, bei den Paraolympiks auf dem 12., noch vor Frankreich. 2024 sind die Sommerspiele aber in Paris.

Deutschland liegt bei den Winterspielen in Peking auf Platz 2, bei den Paraolympiks auf Platz 7. Dabei ist zu beachten, dass Deutschland im Eiskanal von 10 möglichen Goldmedaillen 9 gewonnen hat. Einmalig.

In den „neuen“ Sportarten, die zwischenzeitlich ca. 1/3 aller Medaillen ausmachen, hat Deutschland nur 1 Medaille geholt.

Sachsen hat bei den Sommerspielen das schlechteste Ergebnis erzielt. Lagen wir im Bundesvergleich 2012 noch auf Platz 5, waren wir 2020 auf Platz 10.

Die Winterspiele liefen für die Sachsen trotz Corona hervorragend. 8 Medaillen und 4 weitere Top - 10 Platzierungen wurden erreicht. Gratulation.

Für mich ist trotzdem ein Wermutstropfen dabei, da nur noch Erik Frenzel und Terence Weber von den sächsischen Medaillengewinnern und Olympiateilnehmern in den Nordischen Skidisziplinen und Rennschlitten in Sachsen trainieren.

Die Anmeldungen in den Bundesleistungszentren Oberwiesenthal, Klingenthal und Altenberg werden immer geringer.

Für mich unverständlich, dass der Landskiverband Sachsen weiter an seinen 3 (drei) Bundesstützpunkten festhält, statt alle Kräfte und alles Potenzial an einem Stützpunkt zu konzentrieren und dort solche Bedingungen schafft, dass die Sportlerinnen und Sportler nicht nur im Jugend- und Juniorenalter in Sachsen trainieren, sondern auch zum Leistungshöhepunkt an einem „Bundes“-Stützpunkt in Sachsen als Vorbild und Ansporn für den Nachwuchs täglich fühlbar und spürbar sind.

Vielleicht wäre sogar eine reine Wintersportschule mit allen Ski- und Schlittendisziplinen, mit Abitur – und Oberschulabschluss unter einer Leitung, mit regelbarer Lehr- und Trainingsplangestaltung denkbar. Immerhin ist die Eliteschule in Oberwiesenthal 2021 als DIE Eliteschule des Sports in Deutschland ausgezeichnet wurden und dies schon zum zweiten Mal.

Bis zur nächsten Landtagswahl würde ich mich gern weiterhin im LFA Sport einbringen.

Wilfried Oettel

Mitglied der SU Erzgebirge

Kleben und kleben lassen

Geert Mackenroth, MdL

Kleben als neue Form des Protestes ist schwer in Mode. Straßen blockieren, am liebsten im Berufsverkehr und über Stunden, der Sekundenkleber verhindert die schnelle Räumung der Straße durch die Polizei. Kunstwerke sind immer häufiger das Ziel so genannter Klimaaktivisten von Extinction Rebellion oder Letzte Generation: In Dresden beppen sie sich an unsere Sixtinische Madonna, die Mona Lisa bewerfen sie mit Torten, beschmieren einen Monet mit Kartoffelbrei, die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Was ist von dieser neuen Trendsportart zu halten, juristisch, politisch, was sagt sie über unsere Gesellschaft aus und wie wäre zu reagieren?

1. Juristisch ist die Sache eindeutig. Auch wenn die Motive für den Protest – besserer Klimaschutz – anerkennenswert sind, bleibt dieses Fernziel für die juristische Aufarbeitung ohne Bedeutung, auf die moralisch - ethische Bewertung der Fernziele kommt es juristisch nicht an. Bestraft wird das konkrete Tatziel: Stundenlange Klebeblockaden sind und bleiben Nötigung, Attacken auf Kunstwerke sind und bleiben Sachbeschädigung..

Die Justiz hat also ihre Arbeit zu machen. Und das wird sie tun. Manchen jungen Menschen dürfte nicht klar sein, welche gelegentlich lebenslangen Konsequenzen ihnen bevorstehen, und wenn es ihnen klar ist, stört es sie nicht: Jenseits der strafrechtlichen Verfolgung mit dem Stigma „vorbestraft“ drohen zivilrechtliche Schadensersatzforderungen, die schnell sechsstellige Summen erreichen können – Vollstreckungstitel bleiben 30 Jahre lang in Kraft.

2. Wären die Attacken, Blockaden, Klebeaktionen kein Verstoß gegen unsere Regeln, würden sie vermutlich gar nicht unternommen. Worum geht es den Tätern? Sie wollen Aufmerksam-

keit für ihre Ziele, die – noch einmal – durchaus ehrenwert sind: Dass wir weltweit insgesamt noch zu wenig für unser Klima tun, ist unbestritten.

Es stellt sich mir zunächst eher nebenbei die Frage, warum die Protestierenden nicht erst einmal in den Ländern agieren, die mit den größten Umweltsünden glänzen, und wo Protest durchaus Mut kostet und riskant ist. Unabhängig davon: **Es ist das gute Recht von Bürgern, auf das aufmerksam zu machen, was ihnen am Herzen liegt - auch lautstark und störend.** Unser Demonstrationsrecht schützt selbst solche Formen des Protests, die mit Unannehmlichkeiten für andere verbunden sind, zum Beispiel kurzfristige Staus oder Umleitungen. Für all das gibt es klare Regeln, die unsere Klimakleber brechen. Ihnen geht es um den Normverstoß – nur er schafft zusätzliche mediale Aufmerksamkeit.

3. Ist die Form des Protests angemessen? Kaum. Was haben Kunstwerke oder Autofahrer im morgendlichen Berufsverkehr mit Klimapolitik zu tun? Auf Twitter schreibt eine Gruppe: "Die massiven Störungen sind nichts im Vergleich zu Störungen durch Fluten, Dürren, Essensknappheit. Es ist unsere Pflicht, gegen eine todbringende Politik Widerstand zu leisten." Aber gibt es wirklich keine milderen Mittel, seine Kritik an Versäumnissen in der Klimapolitik auszurücken? Was intelligenter Protest in den Grenzen des Rechts und friedlich ausrichten kann, hat uns Greta Thunberg eindrucksvoll vor Augen geführt: Still sitzt sie über Wochen vor ihrer Schule und wirbt für den Klimaschutz, und daraus wird eine weltweite Bewegung, für "Fridays for Future" gehen Millionen Menschen auf die Straße, in die Parlamente. Und das alles hat gewirkt, wenn auch langsam.

Ich sehe zudem die Gefahr der Radika-

lisierung. Es bleibt dann nicht bei dem Satz „Wir hören erst auf, wenn man uns einsperrt.“ Das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit bleibt Momentaufnahme.

Was ist zu tun? Den Appell, mehr für den Klimaschutz zu tun, unterschreibe ich unbedenken. Wenn der Protest Rechte Dritter mehr als unbedeutend beeinträchtigt, bin ich nicht mehr dabei.

Auf klare Abgrenzung setzt mittlerweile auch parteiübergreifend die Politik, etwa Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir: Die Blockaden spielten "den reaktionären Kräften in die Hand, die eben gerade keinen Klimaschutz wollen", ganz wenige Aktivisten sorgten derzeit dafür, dass Mehrheiten für den Klimaschutz gefährdet würden. Stimmt.

Und wenn es den Tätern um Aufmerksamkeit geht, entziehen wir ihnen doch die Aufmerksamkeit. Man muss das ja nicht gleich mit der Konsequenz betreiben, die einen stundenlangen Wissenschaftler – Protest im Wolfsburger Porsche-Pavillon mehr oder weniger druckvoll ausgebremst hat. Die Angeklebten beschwerten sich: "Leute, die uns unterstützen wollen, können das Gebäude zwar verlassen, dürfen dann aber nicht wieder reinkommen. Unregelmäßige, unangekündigte Kontrollen von Sicherheitsleuten mit hellen Taschenlampen. Wir können kein Essen bestellen, wir müssen mit dem Vorlieb nehmen, was VW uns gibt. Sie haben abgelehnt, uns einen Eimer zu bringen, während wir festgeklebt sind." Das alles missfiel den protestierenden Wissenschaftlern spürbar. Ergebnis: "Still und bevor die Autostadt erwacht, wurde die Polizei gerufen, um die friedlich protestierenden Wissenschaftler:innen zu entfernen", twitterte "Scientist Rebellion".

Na also: Einfach mal kleben lassen.

Anm. d. Red. Artikel ist stark gekürzt
Vollständiger Text:

<http://senioren.cdu-sachsen.de>

Impressum

Herausgeber: Senioren-Union Landesverband Sachsen, vertreten durch den Vorsitzenden Klaus Leroff
Fetscherstraße 32/34, 01307 Dresden

Tel. 0351 - 44917-26, Fax 0351 - 44917-60, e-Mail: senioren-union@cdu-sachsen.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder, sie sind keine offiziellen

Verlautbarungen der Senioren-Union Sachsen. * Die kostenlose Mitgliederzeitschrift erscheint viermal jährlich.

ONLINE GEDRUCKT VON

SAXOPRINT

